



**Universität  
Zürich** <sup>UZH</sup>

Institut für Politikwissenschaft

---

# **Politikfeldanalyse der Schweizer Drogenpolitik Debatten und Advocacy-Koalitionen 2008-2018**

Studie im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG)

Executive Summary

Palmo Brunner und Daniel Kübler  
Unter Mitarbeit von Lyne Schuppisser

Zürich, 25.06.2019

---

Vertragsnummer: 18.010015  
Laufzeit: Oktober 2018 – Mai 2019  
Datenerhebungsperiode: November 2018 – Februar 2019  
Leitung Forschungsprojekt im BAG: Markus Jann, Direktionsbereich Öffentliche Gesundheit  
Bezug: Institut für Politikwissenschaft  
Forschungsbereich Policy-Analyse & Evaluation  
Affolterstrasse 56, 8050 Zürich  
Telefon: +41 44 634 38 41  
E-Mail: fbpa@ipz.uzh.ch  
Originalsprache: deutsch  
Zitiervorschlag: BRUNNER, Palmo und KÜBLER, Daniel (2019):  
*Politikfeldanalyse der Schweizer Drogenpolitik: Debatten  
und Advocacy-Koalitionen 2008-2018. Executive Summary.* Zürich: Institut für Politikwissenschaft

## Abstract

Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ) wurde im Oktober 2018 vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit der Erstellung einer Politikfeldanalyse zur Schweizer Drogenpolitik der letzten zehn Jahre beauftragt. Das Hauptziel war die Erarbeitung einer systematischen Übersicht der Schweizer Drogenpolitik, ihrer zugrundeliegenden politischen Dynamiken sowie möglicher Entwicklungsperspektiven als Grundlage für den Bericht in Erfüllung des Postulats Rechsteiner (17.4076). Konzeptuell basiert die Politikfeldanalyse auf dem Advocacy Coalition Framework (ACF), einem analytischen Ansatz, der sich gut zur Analyse stark ideologischer Politikbereiche eignet. Methodisch stützt sich die vorliegende Studie auf eine qualitative Inhaltsanalyse der wichtigsten drogenpolitischen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene sowie eine Befragung von relevanten Akteure anhand leitfadengestützter Interviews. Im vorliegenden Dokument werden die Hauptergebnisse zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet.

Die Befunde der Politikfeldanalyse zeigen, dass sich in der Schweizer Drogenpolitik noch immer zwei Advocacy-Koalitionen gegenüberstehen: Die Abstinenz-Koalition, die für eine Beibehaltung des heute geltenden Prohibitionsregimes plädiert und die Schadensminderung-Koalition, die sich für eine Entkriminalisierung der Konsumierenden und Reformen in der Drogenpolitik einsetzt – insbesondere im Bereich Cannabis. Innerhalb der Letzteren finden sich jedoch Akteure mit unterschiedlichen Überzeugungen: nicht nur links-progressive, sondern auch liberalistische Werte werden darin vertreten und dementsprechend divergieren auch die Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung einer möglichen zukünftigen Marktregulierung. Auch wenn neuerdings wirtschaftliche Aspekte (z.B. von Cannabisproduzenten) in den Diskurs miteinfließen, stellt die Schweizer Drogenpolitik noch immer ein stark ideologiegetriebenes Politikfeld dar. Das Vier-Säulen-Modell weist eine breite Akzeptanz auf und wird von den befragten Akteuren weiterhin als zeitgemäss eingeschätzt. In Anbetracht möglicher Perspektiven wurde deutlich, dass nur betreffend Cannabis tatsächlich eine Debatte stattfindet. Zukünftige Entwicklungen werden aber vor allem davon abhängen, wie der politische Handlungsdruck wahrgenommen und wie sich der öffentliche Diskurs über die Frage einer Marktregulierung von Cannabis entwickeln wird.

## KEY WORDS

*Politikfeldanalyse – Advocacy Coalition Framework – Drogenpolitik – Cannabispolitik – Schweizerische Suchtpolitik*

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b><u>  <b>  </b></u>  <b>  </b></b>	<b>1</b>
1.1	AUSGANGSLAGE	1
1.2	AUFTRAG, GEGENSTAND DER ANALYSE UND FORSCHUNGSFRAGEN	1
1.3	METHODISCHES VORGEHEN	2
<b>2</b>	<b><u>  <b>  </b></u>  <b>  </b></b>	<b>3</b>
2.1	AKTEURE IM BEREICH DER DROGENPOLITIK (FORSCHUNGSFRAGE 1)	3
2.2	KOALITIONEN UND IHRE <i>POLICY BELIEF SYSTEMS</i> (FORSCHUNGSFRAGEN 2 & 3)	3
2.3	MÖGLICHE ZUKUNFTSSZENARIEN (FORSCHUNGSFRAGEN 4 & 5)	4
<b>3</b>	<b><u>  <b>  </b></u>  <b>  </b></b>	<b>6</b>

## 1 Einleitung

### 1.1 Ausgangslage

Am 15. März 2018 hat der Ständerat das Postulat «Perspektiven der schweizerischen Drogenpolitik» von Ständerat Paul Rechsteiner überwiesen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, «dem Parlament bis Ende 2019 einen Bericht über die Perspektiven der Schweizerischen Drogenpolitik für die kommenden zehn Jahre zu unterbreiten. Der Bericht soll die Erfahrungen der letzten zehn Jahre und die Veränderungen im internationalen Umfeld insbesondere zum Wirkstoff Cannabis einbeziehen» (Curia Vista 17.4076). Hintergrund dieses Postulats ist die Frage, ob das in den 1990er Jahren entwickelte und seit 2008 mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) gesetzlich verankerte Vier-Säulen-Modell in der Drogenpolitik angesichts der aktuellen Herausforderungen immer noch angemessen ist. In diesem Sinne soll der Postulatsbericht eine drogenpolitische Standortbestimmung vornehmen und mögliche Entwicklungsszenarien aufzeigen.

### 1.2 Auftrag, Gegenstand der Analyse und Forschungsfragen

Mit der vorliegenden Politikfeldanalyse wurde das Institut für Politikwissenschaft (IPZ) der Universität Zürich vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit der Erstellung einer systematischen Übersicht über die nationalen Entwicklungen in Bezug auf die Drogenpolitik der letzten zehn Jahre beauftragt. Ziel ist das Aufzeigen der zugrundeliegenden politischen Dynamiken, möglicher Entwicklungsperspektiven sowie die Abklärung der Frage, inwiefern die aktuelle Drogenpolitik, basierend auf dem Vier-Säulen-Modell, den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten noch entspricht und in welche Richtung sie sich in Zukunft entwickeln könnte.

Das Forschungskonzept sowie das methodische Vorgehen der Politikfeldanalyse beruht auf dem Advocacy Coalition Framework (ACF) (Sabatier, 1993; Sabatier, 1998; Sabatier & Weible, 2007). Der ACF ist ein in der Politikfeldanalyse gut etablierter analytischer Ansatz, welcher sich besonders zur Analyse stark ideologischer Politikbereiche eignet. Folgende konkrete Forschungsfragen wurden formuliert:

- 1) Welches sind die Akteure, die sich in der Schweiz in den letzten zehn Jahren an der politischen Auseinandersetzung über die Massnahmen des Bundes im Bereich illegale Drogen aktiv und öffentlich sichtbar<sup>1</sup> beteiligt haben?
- 2) Welche *policy belief systems*<sup>2</sup> vertreten diese Akteure in Bezug auf die Massnahmen des Bundes im Bereich illegale Drogen? Welcher Bezug wird in diesen *policy belief systems* zu den Prinzipien des Vier-Säulen-Modells hergestellt (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression)?

---

<sup>1</sup> Unter öffentlicher Sichtbarkeit verstehen wir: (1) Beteiligung an einer oder mehreren Vernehmlassungen zu relevanten drogenpolitischen Entscheidungsprozessen, (2) Sichtbarkeit in der die Entscheidungsprozesse begleitenden Medienberichterstattung.

<sup>2</sup> *Policy belief system* sind Vorstellungen über die adäquate Vorgehensweise zur Lösung eines bestimmten, öffentlich relevanten Problems (Sabatier, 1998; Sabatier & Weible, 2007).

- 3) Welche Akteure vertreten ähnliche *belief systems*? Haben diese Akteure aufgrund der Ähnlichkeit ihrer *belief systems* miteinander zusammengearbeitet und somit Advocacy-Koalitionen<sup>3</sup> gebildet?
- 4) Welchen Einfluss hatten die verschiedenen Advocacy-Koalitionen auf politische Entscheidungen in der Drogenpolitik in den letzten zehn Jahren? Worauf geht der Einfluss dieser Advocacy-Koalitionen zurück und wie ist dieser Einfluss in zukünftigen Auseinandersetzungen zu beurteilen?
- 5) Welche Zukunftsszenarien für die Drogenpolitik des Bundes sind aufgrund der Akteurskonstellationen und Koalitionsdynamiken am plausibelsten?

### 1.3 Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden zwei Untersuchungsschritte definiert. In einem ersten Schritt wurden die politischen Auseinandersetzungen auf Bundesebene analysiert, welche sich im Rahmen von drogenpolitischen Entscheidungsprozessen und Debatten im Nachgang der Betäubungsmittelgesetzrevision 2008 abspielten. Mittels qualitativer Inhaltsanalyse verschiedener Dokumente konnten die für den Bereich der Drogenpolitik relevanten Akteure identifiziert, das Policy-Subsystem eingegrenzt und die *policy belief systems* der einzelnen Akteure eruiert werden. Auf Basis der *policy core beliefs* wurden die Akteure Advocacy-Koalitionen zugeordnet. Dabei wurden auch die Koalitionsdynamiken der letzten zehn Jahre nachgezeichnet. Die Analyse beruht auf einer sekundären Auswertung der Daten aus der Politikfeldanalyse Sucht (Wenger et al., 2014), die drogenpolitische Entscheidungsprozesse bis 2013 abdeckt, sowie einer Erhebung und Auswertung von Primärdaten zu drogenpolitischen Entscheidungsprozessen auf Bundesebene ab 2013.

Im zweiten Untersuchungsschritt wurden leitfadengestützte Interviews mit 20 drogenpolitisch relevanten Akteuren auf Bundesebene sowie, ergänzend dazu, auf der Ebene einiger wichtiger Kantone und Städte geführt. Die Aufzeichnungen aus den Interviews wurden in ihren bedeutungstragenden Elementen transkribiert und schliesslich nach dem Verfahren der zusammenfassenden Inhaltsanalyse ausgewertet (nach Mayring 2003). Auf diese Weise konnten die *policy belief systems* der einzelnen Akteursgruppen validiert und die Forschungsfragen beantwortet werden.

Tabelle 1: Übersicht über die Analyseschritte und die verwendeten Methoden

<i>Analyseschritt</i>	<i>Methode</i>	<i>Datenquellen / Befragte Personen</i>
1) Öffentlich-sichtbare Akteure auf Bundesebene	Dokumentenanalyse Qualitative Inhaltsanalyse	Protokolle der eidgenössischen Räte, Vernehmlassungsberichte, Presseberichterstattung
2) Befragung der wichtigsten Akteure	Leitfadengestützte Interviews Qualitative Inhaltsanalyse	20 Akteure aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Gesundheit und Wirtschaft, Grundlagen- und Positionspapiere

<sup>3</sup> Sabatier und Jenkins-Smith (1999) definieren Advocacy-Koalitionen als einen Verbund von Akteuren unterschiedlichster institutioneller Herkunft in einem bestimmten Politiksubsystem, die gemeinsame *policy core beliefs* haben und untereinander einen gewissen Grad an Koordination bezüglich der Politikgestaltung im entsprechenden Politikfeld aufweisen

## 2 Ergebnisse der Politikfeldanalyse

### 2.1 Akteure im Bereich der Drogenpolitik (Forschungsfrage 1)

Die vorliegende Politikfeldanalyse zeigt, dass sich eine Vielzahl von Akteuren regelmässig und öffentlich sichtbar an drogenpolitischen Debatten auf Bundesebene beteiligt. Auch wenn es nach der gesetzlichen Verankerung des Vier-Säulen-Modells 2008 in den letzten zehn Jahren zu keinen grösseren politischen Veränderungen auf nationaler Ebene kam, fanden noch immer drogenpolitische Auseinandersetzungen statt. Dass eine Vielzahl der politischen Vorstösse (vor allem im Bereich Repression) aus der Westschweiz kam, kann auf die kantonalen Unterschiede hinsichtlich der Implementierung der Vier-Säulen-Politik zurückgeführt werden. Hinsichtlich der verschiedenen Substanzen, dominierte Cannabis die Debatte deutlich. Verschiedene internationale und nationale Entwicklungen, wie etwa die Planung von Pilotprojekten zur regulierten Cannabis-Abgabe in Schweizer Städten, verliehen der Cannabisfrage neuen Aufwind. An der Diskussion um eine Neuausrichtung der Cannabispolitik nahmen neben Verwaltungsakteuren auch VertreterInnen der politischen Parteien, Suchtfachpersonen, Personen aus der Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Akteure teil. Neu dazu kamen kommerzielle Akteure aus den Bereichen des legalen CBD-Marktes sowie des Medizinalcannabis.

*Die Akteursstruktur und -dynamik im Policy-Subsystem Drogen ist stark verwaltungsgetrieben. So sind im föderalistischen System der Schweiz zahlreiche Akteure im interdisziplinär ausgerichteten Politikfeld Drogen involviert. Neben ideologiegetriebenen Akteuren wurden in den letzten Jahren vermehrt auch interessengetriebene Akteure sichtbar.*

### 2.2 Koalitionen und ihre *policy belief systems* (Forschungsfragen 2 & 3)

Grundsätzlich unterstützen alle befragten Akteure die Vier-Säulen-Politik und unterstreichen, dass das dieser Politik zugrundeliegende Konzept den heutigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nach wie vor entspricht. Das Vier-Säulen-Modell gilt als konsensfähig und wird als angemessener politischer Kompromiss betrachtet. Es gibt jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das Modell konkret ausgestaltet und weiterentwickelt werden könnte.

Es hat sich gezeigt, dass die drogenpolitischen Debatten von wertbasierten Auseinandersetzungen geprägt sind. Auf der einen Seite befürwortet eine Akteursgruppe eine restriktive Drogenpolitik, da sie den Drogenkonsum als gefährlich und lasterhaft ansieht («Abstinenz-Koalition»). In ihrer Auffassung müsse der Drogenkonsum durch repressive Massnahmen eingedämmt und der Jugendschutz durch ein Verbot gewährleistet werden. Nulltoleranz sowie Abstinenzorientierung haben oberste Priorität. Dieser Position steht eine zweite Akteursgruppe gegenüber, für welche die Schadensminderung und damit die Eindämmung der negativen Konsequenzen für die Konsumierenden und die Gesellschaft im Vordergrund steht («Schadensminderungs-Koalition»). Diese vertritt die Ansicht, dass das heutige Prohibitionsregime, insbesondere die Kriminalisierung der Konsumierenden, schädlich sei und deshalb ein Richtungswechsel – zumindest in Bezug auf Cannabis – notwendig sei. Folglich sollen sich Regulierungsmodelle nicht am Legalstatus, sondern am Schadenpotenzial und der Problemlast der jeweiligen Substanz orientieren.

*Im Zentrum der politischen Kontroversen stehen ideologische Divergenzen bezüglich dem Konsum von Betäubungsmitteln und den Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft. Auch wenn das Vier-Säulen-Modell eine breite Akzeptanz aufweist, wird einerseits die Abstinenz, und andererseits die Schadensminderung als übergeordnetes Ziel der staatlichen Drogenpolitik angesehen.*

Die Aggregation der Akteure zu Advocacy-Koalitionen ergab die folgenden Koalitionen:

Tabelle 2: *Advocacy-Koalitionen in der Schweizer Drogenpolitik*

	Zuordnung der einflussreichen Akteure
Schadensminderungs-Koalition	SP, GPS, GLP, BDP, versch. Verbände aus den Bereichen Sucht und der Suchtmedizin, KKBS, SKSB, EKSF (ehemals EKDF), BAG, Fedpol, diverse Städte (Interurbane Arbeitsgruppe Cannabis), Cannabislobby
Abstinenz-Koalition	SVP, EVP, EDU, versch. Organisationen
Akteure zwischen den Koalitionen	FDP, CVP

In beiden *advocacy coalitions* sind die Mitglieder innerhalb ihrer Koalition gut vernetzt und es können enge Zusammenarbeitsbeziehungen festgestellt werden. Zwischen den Koalitionen sind die Fronten jedoch verhärtet und es findet kaum ein Austausch in Bezug auf Drogenfragen statt. Die CVP trat in der Diskussion um die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums als *policy broker*<sup>4</sup> auf, indem sie die Einführung eines Ordnungsbussenmodells forderte. Dieser politische Vorstoss zum Sanktionsregime fand eine Mehrheit im Parlament und konnte umgesetzt werden. Auch wenn viele der befragten Akteure aussagten, dass sie mit diesem Kompromiss unzufrieden seien, konnte dadurch die Situation entschärft und der politische Handlungsdruck gemindert werden.

### 2.3 Mögliche Zukunftsszenarien (Forschungsfragen 4 & 5)

Hinsichtlich der Einflussstärke hat sich das Kräfteverhältnis in den letzten Jahrzehnten eher zu Gunsten der Schadensminderungs-Koalition entwickelt. Die Schadensminderungs-Koalition konnte ihr *policy belief system* insofern politisch umsetzen, als dass die Schadensminderung als Grundsatz der Schweizer Drogenpolitik etabliert werden konnte, nicht nur mit der gesetzlichen Verankerung 2008, sondern auch im Diskurs. Zudem ist die Vernetzung mit den neuen kommerziellen Akteuren breiter geworden und schliesst neben gesellschafts- auch wirtschaftsliberale Akteure mit ein. Die Abstinenz-Koalition ist weitgehend marginalisiert, konnte sich aber in Bezug auf die Frage der Cannabislegalisierung erfolgreich als Vetospieler formieren. Die aktuelle politische Situation auf nationaler Ebene wird deshalb auch von vielen Akteuren als Blockade angesehen. Es ist daher wenig überraschend, dass gerade die Städte mit der Planung verschiedener Pilotprojekte einen neuen Impuls für die Debatte lieferten.

Was künftige Entwicklungen betrifft, hält die Abstinenz-Koalition am geltenden Prohibitionsregime fest, während die Schadensminderungs-Koalition grundsätzlich die Prüfung alternativer Regulierungsmodelle befürwortet, zumindest in Bezug zu Cannabis. Es besteht jedoch keine Einigkeit darüber, wie ein solches Modell konkret auszugestalten wäre, da auf der allgemeinen Werteebene deutliche Unterschiede innerhalb der Koalition feststellbar sind: Während sich eine links-progressive Untergruppe für eine strikte staatliche Reglementierung und ein Fürsorgemodell ausspricht, lehnt eine liberalistische Untergruppe Interventionen durch den Staat ab und rückt die Eigenverantwortung des Individuums ins Zentrum. Es ist somit fraglich, wie sich die Koalition in künftigen Auseinandersetzungen positionieren wird, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der Cannabisregulierung geht. Der Einfluss beider Koalitionen wird folglich davon abhängen, wie kohärent die Argumente im Diskurs sein werden und wie verschiedenen Spannungsfelder überbrückt werden (Staat/Wirtschaft/Individuum).

<sup>4</sup> Ein sogenannter *policy broker* ist ein Akteur, der die konfliktiven Strategien in einen Konsens überführen und ein staatliches Handlungsprogramm hervorbringen will (Sabatier, 1998).

*Während die Schadensminderung-Koalition Teile ihres 'policy belief system' durchsetzen konnte, gilt die Abstinenz-Koalition zwar als marginalisiert, konnte sich aber in Bezug auf die Cannabislegalisierung erfolgreich als Vetospieler formieren. Der Einfluss der Schadensminderungs-Koalition in zukünftigen Debatten wird vor allem davon abhängen, ob ein Kompromiss gefunden werden kann, der für beide Strömungen innerhalb der Koalition als gangbarer Weg angesehen wird.*

Aufgrund der Akteurskonstellationen und Koalitionsdynamiken wird deutlich, dass ein substantieller Politikwandel in der Schweizer Drogenpolitik zurzeit nicht sehr wahrscheinlich ist. So würde eine Abkehr von der Prohibitionspolitik einen kompletten Paradigmenwechsel bedeuten, welcher unter anderem nicht mit den internationalen Übereinkommen zu vereinbaren wäre. Es ist also fraglich, ob der politische Problemdruck für einen Richtungswechsel als genug gross wahrgenommen wird. So teilen die Akteure beider Koalitionen die Ansicht, dass die Drogenpolitik an Stellenwert eingebüsst hat und von der Öffentlichkeit aufgrund der verminderten Sichtbarkeit des Drogenproblems nicht mehr als dringend eingestuft wird. Von dieser Situation profitieren grundsätzlich diejenigen Akteure, welche sich für den Status Quo einsetzen: mithin die Abstinenz-Koalition.

Es hat sich des Weiteren abgezeichnet, dass nur im Bereich Cannabis wirklich eine Debatte stattfindet. Das Thema Cannabis stellt für viele Akteure einen Spezialfall dar und wird gesondert betrachtet. Dies liegt jedoch vor allem am historischen und aktuellen Kontext des Diskurses sowie an der Prävalenz des Konsums und kann nicht auf unterschiedliche zugrundeliegende *policy belief systems* zurückgeführt werden. Auf politischer Ebene ist der Umgang mit Medizinalcannabis wenig umstritten; so unterstützt eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder eine Lockerung der heutigen Praxis im Sinne eines erleichterten Zugangs für Schwerkranke. Im Freizeitbereich ist der Entscheidungsprozess über den Experimentierartikel bereits angestossen. Es wird sich zeigen, ob ein *policy oriented learning* möglich ist, da Erkenntnisse aus dem Ausland bisher keine klare Richtung vorgegeben haben und jeweils von beiden Koalitionen in ihrem Sinne interpretiert werden.

Welche Zukunftsperspektiven realistisch sind, hängt zum einen von den politischen Mehrheitsverhältnissen ab, wobei die zurzeit zu drogenpolitischen Themen gespaltenen Mitteparteien in künftigen Auseinandersetzungen weiterhin das Zünglein an der Waage spielen dürften. Zum anderen wird die öffentlichen Wahrnehmung als zentral eingeschätzt. Ein Vorstoss, aus dem sich eine neue Dynamik ergeben könnte, ist die von einigen Akteuren geplante Lancierung einer Volksinitiative zur Cannabisregulierung. Der Ausgang einer möglichen Volksabstimmung wird von allen befragten Akteuren jedoch als ungewiss eingeschätzt. So hatten sich Volk und Stände 2008 noch klar gegen eine Cannabislegalisierung ausgesprochen. Die Entwicklungen die letzten zehn Jahre auf internationaler und nationaler Ebene deuten zwar auf eine veränderte Ausgangslage hin, jedoch wird die konkrete Ausgestaltung des Vorschlags als ausschlaggebend eingeschätzt. Dabei stellen wirtschaftliche Aspekte sicherlich ein neues Element im Diskurs dar, jedoch bleibt der Jugendschutz zweifellos der wesentliche Knackpunkt. Ob die Reformdebatte in der Mitte der Gesellschaft ankommt und ein öffentlicher Meinungswandel stattfindet, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

*Die momentanen Akteurskonstellationen und Koalitionsdynamiken im Politikfeld Drogen lassen zum jetzigen Zeitpunkt keine klaren Zukunftsprognosen zu. So scheint ein Politikwandel in den nächsten Jahren nicht absehbar, auch wenn die derzeit laufenden Prozesse in Richtung einer Neuorientierung der heutigen Drogenpolitik weisen.*

### 3 Literaturverzeichnis

- Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament: Curia Vista Geschäftsdatenbank – Zusammenfassung zu den Geschäften. Online im Internet: <http://www.parlament.ch/d/suche/Seiten/curia-vista.aspx> [Zugriff am 31.01.2019]
- Mayring, P. (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse*. Basel: Beltz.
- Sabatier, P. A. (1993). Policy changes over a decade or more. In: Sabatier, P. A. & Jenkins-Smith, H. C. (Eds.), *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition approach*. Boulder (Co): Westview Press.
- Sabatier, P. A. (1998). The advocacy coalition framework: revision and relevance for Europe. *Journal of European Public Policy*, 5(1), 98-130.
- Sabatier, P. A. & Jenkins-Smith, H. C. (1999). The advocacy coalition framework: an assessment. In: Sabatier, P. A. (Ed.), *Theories of the policy process*. Boulder (Co.): Westview Press.
- Sabatier, P. A. & Weible, C. M. (2007). The advocacy coalition framework: innovations and clarifications. In: Sabatier, P. A. (Ed.), *Theories of the policy process*. 2 ed. Boulder (Co.): Westview.
- Wenger, J., Surber, M., Lanzi, N., Gantenbein, F., & Kübler, D. (2014). *Politikfeldanalyse Sucht: Advocacy-Koalitionen in der Schweizer Alkohol-, Tabak- und Drogenpolitik*. Zürich: Institut für Politikwissenschaft.